

## »Zölle sind für mich ein wichtiges Wahlkreisthema«

CDU-Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei antwortet im Interview auf aktuelle Fragen der Zeit



Foto: Thorsten Frei

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei antwortet im Interview auf aktuelle Fragen zur regionalen und überregionalen Politik.

**Die aktuelle Flüchtlingssituation beunruhigt viele Deutsche. Hat die Bundesregierung das wirklich im Griff?**

Die Debatte der letzten Wochen hat gezeigt, dass dies ein Thema ist, das die Menschen sehr bewegt. Nach der Flüchtlingswelle im Herbst 2015 ist es gelungen, die Zahl der illegalen Grenzübertreitte um 95 Prozent zu senken und die der Flüchtlinge von einer Million auf 200 000 pro Jahr zu redu-

zieren. Wir möchten die unkontrollierte Zuwanderung weiter verringern. Zuwanderung muss für mich zudem in den Arbeitsmarkt stattfinden und nicht in die Sozialsysteme. Wir werden deshalb direkt nach der Sommerpause ein Fachkräftezuwanderungsgesetz angehen und bis zum Jahresende verabschieden. Dann gilt es die 63 Punkte im Masterplan Seehofers umzusetzen. Dazu zählt die deutliche Ausweitung der Zahl der sicheren Herkunftsländer um bis zu 41 Staaten, darunter die nordafrikanischen Maghreb-Länder. Als Maßstab gilt hier die bisherige Schutzquote in Asylverfahren, wenn diese

**Die Stimmung zwischen CDU und CSU erscheint nicht gut. Was sagen Sie dazu?**

Die Migrationsdebatte ist aus meiner Sicht zu scharf geführt worden. Das hat uns nicht gut getan. Der Disput ist nun aber beigelegt. Es wird gelingen, dass wir uns den Sachthemen zuwenden.

**Die Region und Südbaden warten auf eine Antwort von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer zum Thema Fluglärm, verursacht durch den Flughafen Zürich.**

Wir sind im engen Austausch mit dem Minister. Andreas Scheuer unterstützt unsere Position und ist gegen eine Ratifizierung von deutscher Seite des seit Jahren vorliegenden und von der Schweiz unterzeichneten Staatsvertrags. Wir brauchen eine kluge Lösung des Fluglärmstreites. Den Vorschlag der Landkreise für ein Mediationsver-

fahren finde ich richtig, damit man in der Sache wieder ins Gespräch mit der Schweizer Seite kommt. Bis dahin bleibt es bei der Ablehnung des Betriebsreglements 2014, das für unsere Region eine deutliche Verschlechterung bringen würde.

**Das Schweizer Bundesamt für Zivilluftfahrt hat nun dem Expansionswillen des Flughafens Zürich auf Schweizer Gebiet einen Riegel vorgeschoben. Was bedeutet das für uns?**

Grundsätzlich ist das okay. Hier geht es um die Einhaltung der strengen, aber oft gebrochenen Nachtruhe. Die demnächst in Betrieb gehenden Schnellabrollwege dürfen daher nicht zur Kapazitätserhöhung führen, sondern nur zu einer pünktlichen Abwicklung der Landungen ab 21 Uhr. Generell ist seitens der Flughafengesellschaft aber eine Fluggasterhöhung von 29 Millionen heute auf 50 Millionen im Jahr 2040 geplant. Das wird auch den deutschen Luftraum tangieren. Deshalb müssen wir verhandeln und unsere Interessen wahren.

**Bei der Gäubahn erweist sich der Bundesverkehrsminister eher als Bremse.**

Für uns ist es entscheidend, schneller nach Stuttgart und an den Flughafen zu gelangen und dass die Verbindung Zürich-Stuttgart schneller wird. 550 Millionen Euro stehen im Bundesverkehrswegeplan zur Verfügung. Unser Interesse

ist, dass der zweigleisige Ausbau und der Einsatz der Neigezugtechnik wie geplant umgesetzt wird. Alles andere würde die Planungen um Jahre zurückwerfen. Wenn die Bahn wegen höherer Betriebskosten keine Neigetechnik einsetzen möchte, würde dies vielleicht ein anderer Betreiber tun, etwa die Schweizer SBB. Deshalb brauchen wir den Minister in der Frage der Neigetechnik auf unserer Seite. Entsprechend habe ich in einem Brief an Minister Scheuer meine Haltung verdeutlicht.

**Die Rentenkassen sind prall gefüllt. Doch es profitieren weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer. Ist das gerecht?**

Der Rentenbeitrag wurde zu Jahresbeginn um ein Zehntel auf 18,6 Prozent gesenkt. Wir haben vereinbart, dass die Rente bis 2025 nicht unter 48 Prozent des Durchschnittseinkommens sinken soll und dass es einen weiteren Rentepunkt für Mütter mit drei und mehr Kindern gibt. Das sind Entscheidungen, die viel Geld kosten. Zudem sollten wir aus meiner Sicht die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2019 nicht wie vereinbart um 0,3 Prozent, sondern um bis zu 0,7 Prozent senken. Das wirkt ebenfalls für alle entlastend. Wir müssen aber einen gerechten Weg finden für die heutigen und künftigen Rentenempfänger. Der Bund zahlt heute bereits 100 Milliarden jährlich aus dem Haushalt in die Renten-

kasse. Eine enorme Summe, wenn man bedenkt, dass der aktuelle Haushalt insgesamt 340 Milliarden Euro umfasst. Der Zuschuss kann sogar auf 160 Milliarden im Jahr 2030 steigen. Das liegt an den geburtenstarken Jahrgängen der 1960er-Jahre, aber auch an der höheren Lebenserwartung. Vor 40 Jahren wurde die Rente im Schnitt zehn Jahre gezahlt, heute sind es 20. Neben Beitrag, Rentenhöhe und Zuschuss aus dem Haushalt ist das Renteneintrittsalter für mich ein wichtiger Hebel zur Steuerung der Rente. Hier sollten wir deutlich individueller werden. 70 Jahre sind für mich in gewissen Berufen realistisch, in anderen mit hoher physischer und psychischer Belastung muss vielleicht auch schon mit 60 Schluss sein. Generell sollte man aus meiner Sicht das Modell der Betriebsrenten als zweite Säule der Altersversorgung stärken.

**Inwieweit bewegt Sie die Politik des amerikanischen Präsidenten Trump?**

Sehr. Wir haben eine sehr starke mittelständische Industrie, die direkt oder als Zulieferer vom Export abhängig ist. Zölle sind daher für mich auch ein wichtiges Wahlkreisthema. Es geht darum, möglichst auf Zölle und Einfuhrbeschränkungen zu verzichten, weil diese den freien Handel hemmen. Wir müssen weiter mit Trump verhandeln. Das von EU-Kommissionschef Juncker erzielte Handelsabkommen geht in die richtige

Richtung. Heute wären wir froh, wenn wir das unter Obama gescheiterte TTIP-Abkommen hätten. Eine gute Partnerschaft mit den USA ist für mich essenziell. Unsere Sicherheit ist nur im Rahmen der NATO denkbar.

**Sie sind ja auch Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag?**

Ja, ich bin Nahost-Berichterstatter unserer Fraktion und als solcher etwa für Länder wie Syrien, Irak, Iran und Afghanistan zuständig. Vor dem Hintergrund von Kriegen, Instabilität, Flucht und islamistischem Terrorismus sind diese Themen für uns und unsere Sicherheit natürlich höchst relevant.

**Welche Themen bewegen Sie als CDU-Kreisvorsitzender?**

Die Kommunalwahlen stehen 2019 an. Personell wie inhaltlich werden wir uns mit diesen am 24. November beim Kreisparteitag im Raum Villingen beschäftigen. Hierzu hat CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer ihr Kommen zugesagt. Am 11. Januar folgt der Neujahrsempfang mit der baden-württembergischen Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut, diesmal in Donaueschingen. Wichtige inhaltliche Themen bleiben zudem der schnellstmögliche Lückenschluss der B523, der Gäubahn-Ausbau und der Fluglärm.

■ Die Fragen stellte Felicitas Schück